



Info-HAPPen

Dr. Christel Happach-Kasan
Ausgabe Herbst 2011

Liebe Freunde,

die Schuldenkrise der südeuropäischen Staaten und ihre Folgen für die Stabilität der gemeinsamen Währung bestimmen die politische Diskussion in Deutschland. Besondere Brisanz hat das Thema durch das griechische Referendum gewonnen.

Für uns in der FDP hat das Thema eine zusätzliche Brisanz gewonnen, weil es Thema eines Mitgliederentscheids geworden ist. Es wird aufmerksam verfolgt werden, wie wir mit diesem Mitgliederentscheid umgehen werden.

In der politischen Diskussion geht dabei teilweise unter, dass wir auf allen anderen Politikfeldern natürlich weiterarbeiten. Auf den nachfolgenden Seiten stelle ich Ihnen drei Themen aus dem Bereich Ernährung vor, mit denen ich mich in den letzten Tagen beschäftigt habe: Lebensmittelverschwendung, Dänische Fettsteuer und das Lebensmittelportal.

Ein weiteres Thema ist in der letzten Woche abschließend beraten worden: das Kreislaufwirtschaftsgesetz. Darin wird die Wertstofftonne eingeführt und die Position privater Entsorger gestärkt. In der letzten elde gibt es dazu ein interessantes Pro & Contra.

Ich grüße Sie herzlich

Christel Happach-Kasan



www.happach-kasan.de

Mitgliederentscheid zur Eurokrise

Die Debatte um die Zukunft der Währungsunion, eine Pleite Griechenlands und die möglichen Konsequenzen für uns in Deutschland und die anderen Länder der Eurozone hat in den letzten Wochen nochmals deutlich an Fahrt gewonnen. Auch innerhalb der Parteien führt dieses Thema zu emotionalen Debatten. Die Entscheidungen zum Euro haben haushalts-, wirtschafts- und außenpolitische Auswirkungen. Die aktuellen Entwicklungen, die vom Kabinett Papandreou beschlossene Durchführung eines Referendums in Griechenland verschärfen die Situation, sind aber gleichzeitig wohl die einzige Möglichkeit für die griechische Regierung, die eigene Bevölkerung auf dem schwierigen Weg der Sanierung der Staatsfinanzen Griechenlands mitzunehmen.

Einladung

zu einer Informationsveranstaltung zum Mitgliederentscheid am

Mittwoch, dem 30. November 2011 um 19.30 Uhr

in Schröders Hotel in Schwarzenbek.

mit den fachkundigen Referenten

Florian Toncar MdB

(Stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags)

und **Rainer Burghardt**

(Vorsitzender der Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg)

Ich freue mich auf eine rege Beteiligung und eine interessante Diskussion.

In dieser Ausgabe:

Mitgliederentscheid	1
Lebensmittelverschwendung	2
Dänische Fettsteuer	3
Lebensmittelklarheit	3
Kreislaufwirtschaftsgesetz	4



INFO - HAPPen

In seiner Sitzung am 24. Oktober hat der FDP-Bundesvorstand die Durchführung des Mitgliederentscheids veranlasst, bei dem jedes Parteimitglied über den ESM-kritischen Antrag von Frank Schäffler und den Alternativantrag des FDP-Bundesvorstands, der die Position der FDP-Bundestagsfraktion beschreibt, abstimmen kann. Beide Anträge und weitere Informationen finden Sie unter <http://mitgliederentscheid.fdp.de/>. Wir sind die einzige Partei, die das Instrument des Mitgliederentscheids in ihre Satzung aufgenommen hat. Die Stimmunterlagen für den Mitgliederentscheid werden mit einer Sonderausgabe der Mitgliederzeitschrift „elde“ ab dem 7. November zugestellt. Bis einschließlich 13.12. (Datum des Poststempels) können die FDP-Mitglieder ihre Stimme abgeben.

Die Einrichtung der EFSF wurde im Frühjahr 2010 aufgrund akut drohender Zahlungsschwierigkeiten Griechenlands zusätzlich zum Hilfspaket als Unterstützung für mögliche weitere krisengeschüttelte Mitgliedsstaaten der Eurozone beschlossen, namentlich Irland und Portugal. Deutschland als größter Nettozahler der EU bürgt im Rahmen des EFSF für 211 Milliarden Euro, im Rahmen des Hilfspakets für Griechenland garantiert die Bundesrepublik für 22,4 Milliarden Euro. Diese vorläufigen Hilfsmechanismen werden ab dem Jahr 2013 durch den europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst.

Die FDP und ich persönlich glauben an die Fähigkeit einzelner Länder zur Sanierung von Staatsschulden. Wir Liberale treten dafür ein, dass ungeordnete Staateninsolvenzen und ein damit verbundener Zusammenbruch des Finanzsystems in der Eurozone verhindert werden. Denn das würde passieren, wenn es die EFSF nicht gäbe. Die FDP unterstützt daher die in Brüssel am 27. Oktober 2011 erzielte Einigung über eine Ergänzung der Regeln des EFSF. Die Ergebnisse des Euro-Gipfels sind vielschichtig. Sie bilden ein überzeugendes Gesamtkonzept, um die derzeitige Schuldenkrise in Europa nachhaltig zu bekämpfen. Die ganze Welt hat mit großer Spannung die Ergebnisse des Gipfels erwartet. Erste Reaktionen der Börsen zeigen, dass die Ergebnisse auf den Märkten positiv bewertet werden. Das Gesamtpaket besteht aus fünf Elementen. Vereinbart wurden: 1. Mehr Eigenanstrengungen der Mitgliedstaaten, ihre Schuldensituation zu verbessern; 2. Eine zielführende Lösung für Griechenlands Schuldenproblem; 3. Eine Optimierung des Euro-Rettungsschirms EFSF, 4. Eine Stärkung der europäischen Banken sowie 5. Ein besserer Stabilitätsrahmen für die Eurozone. Für genauere Einzelheiten empfehle ich das Sonderdossier der Bundestagsfraktion unter www.fdp-fraktion.de/Dossier-zur-Schuldenkrise/870b316/index.html.

Lebensmittelverschwendung

In Deutschland wie in vielen anderen Industrieländern werden einwandfreie Lebensmittel vernichtet und nicht verzehrt. Nicht zuletzt durch den Kinofilm „Taste the waste“ und in Talkshows wurde das Thema aktuell beleuchtet. Über die Ursachen gibt es unterschiedliche Theorien und belastbares Datenmaterial ist nicht vorhanden. Sicherlich gehören für den Handel die EU-Vermarktungsvorschriften, Hygienebestimmungen und der nachvollziehbare Wunsch der Verbraucherinnen und Verbraucher, nur beste und frische Ware zu kaufen, zu den entscheidenden Gründen.

Ebenso bedeutend ist auf Seite des Kunden jedoch der subjektive Eindruck, ab wann ein Lebensmittel nicht mehr genießbar ist. Vor allem für verpackte Ware ist die Angabe des Mindesthaltbarkeitsdatums (MHD) ein starkes Signal für den Verbraucher. Die Lebensmittelkennzeichnungsverordnung schreibt aufgrund von EU-Recht vor, dass beinahe jedes Lebensmittel mit einem solchen Datum versehen werden muss. Dies gilt auch für Lebensmittel wie Schokolade, Konserven, Nudeln oder Reis, die bei sachgerechter Lagerung viele Jahre haltbar sind. Honig ist prinzipiell sogar unbegrenzt haltbar, wie Funde in den Pyramiden gezeigt haben.

Viele Lebensmittel werden weggeworfen, sobald das Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist, obwohl sie noch verzehrfähig und von guter Qualität wären. Das MHD gibt lediglich an, dass der Hersteller nur bis zu diesem Datum für bestimmte Eigenschaften garantiert, wie beispielsweise



se die Cremigkeit eines Joghurts. Möglicherweise wird das Mindesthaltbarkeitsdatum zu leicht mit dem Verbrauchsdatum für mikrobiologisch leicht verderbliche Lebensmittel, wie zum Beispiel Hackfleisch, verwechselt. Nach Ablauf des Verzehrsdatums darf das Lebensmittel aus Gründen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes nicht mehr in den Verkehr gebracht werden. Nach Ablauf des MHD sind jedoch fast alle Lebensmittel ohne Einschränkung verzehrfähig. Die Gurken in dem abgebildeten Glas habe ich in einem Kartoffelsalat verarbeitet. Sie waren absolut einwandfrei. Das Bundesverbraucherministerium untersucht derzeit in einer Studie, wie groß das Problem der weggeworfenen Lebensmittel tatsächlich ist und welche Faktoren dafür verantwortlich sind. Erste Ergebnisse sollen Anfang 2012 vorliegen.

Wir müssen den Menschen vermitteln, dass bis zum Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums die spezielle Produktqualität garantiert ist und es auch danach nach eigener Prüfung in den allermeisten Fällen noch problemlos verzehrt werden kann. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben die Kompetenz, dies selbst zu beurteilen. Dabei könnte auch eine Umbenennung des Mindesthaltbarkeitsdatums in einen Aufdruck "Gesicherte Qualität bis..." überlegt werden. Das entspräche der Praxis in Großbritannien, wo der Hinweis "Best before..." (Am besten zu verbrauchen bis...) üblich ist. Hierfür würde es allerdings eine Initiative auf EU-Ebene erfordern, denn die Lebensmittelkennzeichnung ist dort verbindlich geregelt.

Dänische Fettsteuer

In Dänemark wurde eine Steuer auf gesättigte Fette eingeführt. Betroffen sind Lebensmittel mit einem Anteil an gesättigten Fettsäuren von über 2,3 Prozent. Die im Bild gezeigten Lebensmitteln, wie Wurst und Käse, würden durch eine solche Steuer verteuert, ebenso wie Milch und Butter. Ich halte diese Fettsteuer für falsch und bürokratisch.

Steuern werden erhoben, um die Aufgaben des Staates zu finanzieren. Sie haben nicht die Aufgabe, das Verhalten von Bürgern zu beeinflussen. Das Steuersystem muss einfach, gerecht und transparent sein. Gerade Verbrauchssteuern, die automatisch gezahlt werden, brauchen Transparenz. Schon jetzt haben wir bei Lebensmitteln die Situation, dass nicht immer leicht nachvollziehbar ist, wann der ermäßigte Steuersatz für Lebensmittel gilt und wann nicht. Mohrrüben werden mit 7 Prozent besteuert, Mohrrübensaft mit 19 Prozent. Das ist nicht zu erklären. Dieses undurchsichtige System mit einer weiteren Steuer zu belasten, die für eine bestimmte Art von Fetten gelten soll, ist ein weiterer



Schritt zu einem komplizierten und wenig transparenten Steuersystem. Im Jahr 1993 hatten wir den Mut, die Salzsteuer (Steuer auf Kochsalz) abzuschaffen. Es gibt überhaupt keinen Grund, Dänemarks Beispiel zu folgen.

Diese Steuer ist auch deshalb unsinnig, weil sie die Ursache ungesunder Lebensführung nicht beseitigt. Die Menschen sind heute dicker als vor 50 Jahren. Dies liegt nicht nur an geänderten Essgewohnheiten, sondern insbesondere am Mangel an Bewegung. Früher liefen die Menschen im Schnitt 10 Kilometer pro Tag. Heute sind es gerade noch zwei Kilometer. Die Entwicklung von Diabetes Typ II wird gerade durch Bewegungsmangel unterstützt. Ein ausgedehnter

Sonntagsspaziergang ist besser als Askese am Frühstückstisch. Außerdem muss für jeden Verbraucher klar erkennbar sein, wie viel Fett, Kohlenhydrate und Kalorien in einem Produkt enthalten sind. Die neuen in Kürze europaweit geltenden Regeln zur Lebensmittelkennzeichnung bringen uns hierbei ein ganzes Stück voran.

Internetportal lebensmittelklarheit.de

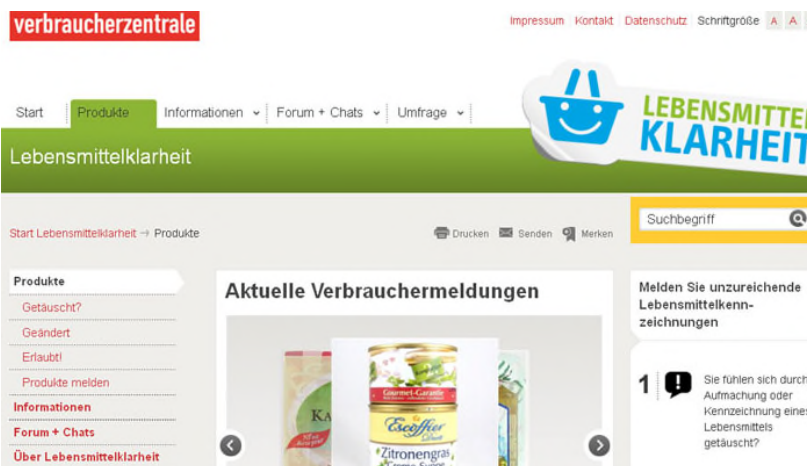
Vor gut 100 Tagen startete Ministerin Aigner das Portal lebensmittelklarheit.de. Dort sollen Verbraucherinnen und Verbraucher Lebensmittel melden, bei denen sie sich von Aufmachung oder Kennzeichnung getäuscht fühlen. Die FDP-Bundestagsfraktion hatte von Anfang an Bedenken gegen dieses Portal. Ist es gerechtfertigt, ein Produkt an den Pranger zu stellen, weil es eine Erwartung nicht erfüllt - auch wenn Produkt und Produktinformation alle gesetzlichen Vorgaben erfüllen?

Unsere Befürchtungen haben sich bestätigt. Viele Einträge erwecken den Eindruck, hier hat jemand danach gesucht, etwas melden zu können. Beispielsweise Schokoladenpudding. Ich meine, er soll nach Schokolade schmecken und der Geschmack soll von der Schokolade stammen. Aber ich habe nicht die Erwartung, dass der Pudding einen bestimmten Anteil an Schokolade haben muss. Hauptsache er schmeckt gut. Nicht so Verbraucher X. Der Geschmack ist ihm egal, auf die Prozente kommt es ihm an. Ich empfinde das als absurd. Zweites Beispiel: Eine Suppe schmeckt nach Zitronengras und der Suppenhersteller

bildet auf seiner Verpackung Zitronengras ab. Ein entsprechendes Bild ist keine Verbrauchertäuschung, sondern Information. Jeder Käufer will doch wissen, wonach die Suppe schmeckt.

Gerade in Zeiten knapper Kassen ist das Steuergeld in Höhe einer knappen Million Euro für einen staatlich finanzierten Meckerkasten zu schade. Privater Erfahrungsaustausch gehört auf private Portale. Diese Produkte öffentlichkeitswirksam an den Internet-Pranger zu stellen, ist unseriös und hat nichts mit Verbraucheraufklärung zu tun.

Für meine Kritik an dem Portal habe ich positive und negative Rückmeldungen erhalten. Inzwischen habe ich mir das Deutsche Lebensmittelbuch gekauft, ein echter Wälzer, 300 Seiten stark. Die angeprangerten Produkte stehen alle im Einklang mit seinen Vorschriften. Das Portal fördert Unzufriedenheit und belohnt die Meckerer. Es verschweigt, dass unsere Lebensmittel eine sehr hohe Qualität aufweisen.



Kreislaufwirtschaftsgesetz

Der Deutsche Bundestag hat eine Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes beschlossen. Die Novelle war aufgrund der europäischen Abfallrahmenrichtlinie von 2008 notwendig geworden. „Mehr Recycling, verbesserter Umwelt- und Klimaschutz und mehr Wettbewerb“ so kann man die Änderungen zusammenfassen.

Grundlage ist die sogenannte Abfallhierarchie. Sie bestimmt, wie grundsätzlich mit Abfallrohstoffen umzugehen ist: 1. Vermeidung, 2. Vorbereitung zur Wiederverwendung, 3. Recycling, 4. sonstige Verwertung (z.B. energetisch) und 5. Beseitigung. Oberstes Ziel ist es also, die anfallende Abfallmenge so gering wie möglich zu halten und diese als wertvolle Rohstoffquelle bestmöglich wiederzuverwerten. So müssen sich die Abfallwirtschaftskonzepte der Länder zukünftig stärker mit der Wiederverwendung von Abfallrohstoffen auseinandersetzen. Dies bedeutet, dass leicht wieder zu gebrauchende Abfälle (Elektrogeräte, Textilien etc.) frühzeitig aussortiert werden.

Für Hausmüll besteht für den Bürger weiterhin die Pflicht, Abfall der Kommune zu überlassen. Dies korrespondiert mit der Pflicht der Kommune, Abfall zu entsorgen. Mit der Neuregelung kann die Kommune ihr eigenes hochwertiges Sammelsystem auch bei gewerblichen Abfällen – zum Beispiel Altpapierentonnen – beibehalten. Dies gilt selbst dann, wenn sie etwas teurer ist als ein privater Anbieter. Im Fall einer ineffektiven Kommune wird der Wettbewerb dagegen deutlich gestärkt: Besteht kein optimales Sammelsystem, kann der gewerbliche Sammler in den Markt einsteigen. So können Privatunternehmen eigene Sammlungen durchführen, wenn sie einen besseren Service bieten als die Kommunen. Die Kommune hat keine Möglichkeiten, ihm dies zu verwehren, sondern muss sich der Konkurrenzsituation zu stellen.

Für die Verbraucher wird es in Zukunft einfacher: 2012 wird die Koalition ein Wertstoffgesetz vorlegen. Hierdurch werden wir eine einheitliche Wertstofftonne bzw. eine einheitliche Wertstoffeffassung in vergleichbarer Qualität einführen. Die neue Erfassung wird das bisherige System der gelben Tonne (gelber Sack) reformieren. Zukünftig soll nicht mehr zwischen Verpackungen und Nichtverpackungen unterschieden werden. Bislang musste der Legostein in den Restmüll, der Joghurtbecher durfte in die Gelbe Tonne. Zukünftig entscheidet allein das Material über den Recyclingweg. Dies ist eine deutliche Verbesserung für die Bürger und entspricht dem gesunden Menschenverstand. Hoffentlich führt eine nachvollziehbare Regelung auch zu einem noch besseren Sammelverhalten aller Verbraucher.

Informationen aus Berlin von
Dr. Christel Happach-Kasan MdB
(V.i.S.d.P.)

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: (030) 227-70205

Telefax: (030) 227-76113

E-Mail: christel.happach-kasan@bundestag.de

Internet: www.happach-kasan.de

Ausgewählte Termine November 2011

7.11.- 13.11.

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

7.11.

Abendveranstaltung des Deutschen Bauernverbandes

8.11.

Arbeitsgruppen-, Arbeitskreis- und Fraktionssitzungen

9.11.

Sitzung des Landwirtschaftsausschusses

Teilnahme an Biogas-Podiumsdiskussion

10.11.

3 Reden im Deutschen Bundestag zu den Themen

Pflanzenschutz, Seefischereigesetz und Kormoran

11.11.

Kuratoriumssitzung der Otto-von-Bismarck-Stiftung

12.- 13.11.

Außerordentlicher FDP-Bundesparteitag, Frankfurt

14.11.

Eröffnung der Wanderausstellung Deutscher Bundestag

im Gymnasium Schwarzenbek, 14.00 Uhr

15.11.

Mitgliederversammlung der FDP Aumühle, 19.30 Uhr

16.11.

Teilnahme am Vorlesetag 2011

Wahlkreis-Mitgliederversammlung Lauenburg-Süd

17.11.

Petitionsausschuss zur Ortsumgehung Ratzeburg

18.11.

Jahresversammlung des Verbands Deutscher Sportfischer, Bad Kreuznach

19.11.

FDP-Landesparteitag, Neumünster

20.11.

Teilnahme an einer Podiumsdiskussion der Deutsch-

Baltischen Gesellschaft, Darmstadt

21.- 25.11.

Haushaltswoche im Deutschen Bundestag

21.11.

Geburtstagsempfang von StM Dr. Werner Hoyer, Berlin

Ich habe Interesse an weiteren Informationen zu folgenden Themen:

(Bitte schicken Sie uns ein Fax an 030/227-76113 oder eine E-Mail an christel.happach-kasan@bundestag.de)

Rede zum Pflanzenschutzgesetz / Seefischereigesetz / Kormoran

Sonstiges:

Name:

E-Mail:

Anschrift: